

Lehrkräftemangel,
Finanzierungswirrwarr
und Corona-Chaos:

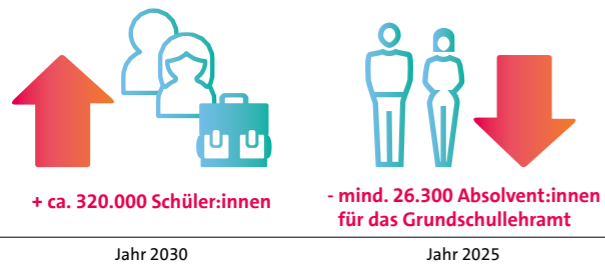
Was in der Bildungspolitik in NRW schief läuft und wie es besser wird

Die Legislaturperiode in Nordrhein-Westfalen neigt sich dem Ende zu. 2017 sind CDU und FDP mit vollmundigen Versprechungen angetreten. Daraus ist wenig geworden. Unser Bildungssystem hatte zudem besonders in den vergangenen zwei Jahren mit den Folgen der Corona-Pandemie zu kämpfen. Nach fünf Jahren steht fest: **NRW braucht eine neue Schulpolitikpolitik für Aufstiegschancen und Bildungsgerechtigkeit.**

1. Dem Lehrkräftemangel endlich entschieden entgegenzutreten

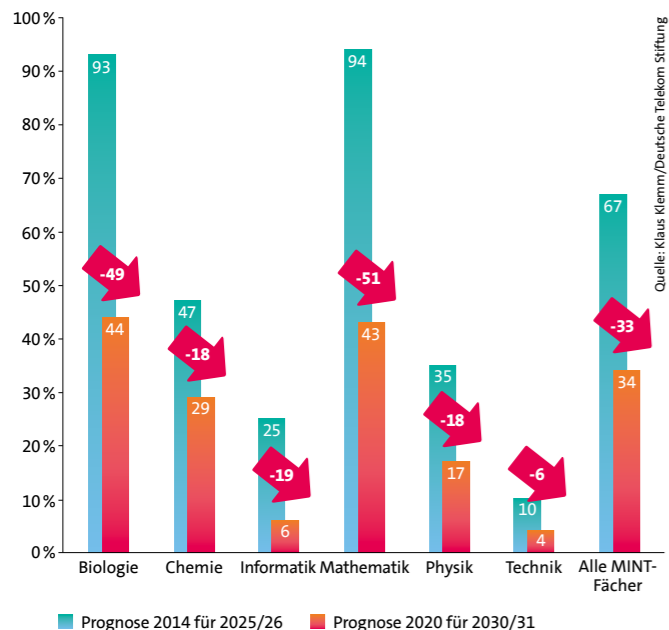
Ausgangslage:

» Unser Schulsystem wird bis zum Jahr 2030 einen Zuwachs von circa 320.000 Schüler:innen verzeichnen. Dementsprechend steigt auch der Bedarf an Lehrkräften. Dieser kann sowohl schulformspezifisch als auch fachspezifisch nach wie vor nicht gedeckt werden. So werden zum Beispiel bis zum Jahr 2025 mindestens 26.300 Absolvent:innen alleine für das Grundschullehramt fehlen.



» Neben der Grundschule ist das Berufskolleg die Schulform, die am stärksten vom Lehrkräftemangel betroffen ist.

» Der fachspezifische Lehrkräftemangel betrifft vor allem die MINT-Fächer: Bis 2030 werden zwei Drittel der erforderlichen MINT-Lehrkräfte nicht zur Verfügung stehen werden, d.h. der Einstellungsbedarf bei allen MINT-Fächern wird im Durchschnitt nur zu 33,9 Prozent gedeckt werden können.



» Neben größeren Klassen ist vor allem der strukturelle Unterrichtsausfall eine Folge des eklatanten Lehrkräftemangels. Allein im Schuljahr 2018/2019 sind insgesamt etwa 3,3 Millionen Unterrichtsstunden ausgefallen, wobei davon an den Grundschulen des Landes 2,9%, an den Gymnasien 3,5%, an den Haupt- und Realschulen jeweils 4,9% und an den Gesamtschulen 5,7% der Stunden ausgefallen sind. Für die Schuljahre 2019/2020 und 2020/2021 liegen die Zahlen aufgrund der Corona-Pandemie nur unvollständig vor.

Anteil des ausgefallenen Unterrichts 2018/2019



» Die schwarz-gelbe Landesregierung ist mit ihren vier Maßnahmenpaketen zur Bekämpfung des Lehrkräftemangels gescheitert. Auch ihre Versprechen zur Unterrichtsgarantie und einer 105-prozentigen Lehrkräfteversorgung konnte sie nicht einlösen.

» Für die vorhandenen Lehrkräfte bedeutet das vor allem eine höhere Belastung durch mehr Aufgaben. Gleichzeitig verschärft sich für alle angehenden Lehrkräfte die Wettbewerbssituation auf dem Lehrkräftearbeitsmarkt.

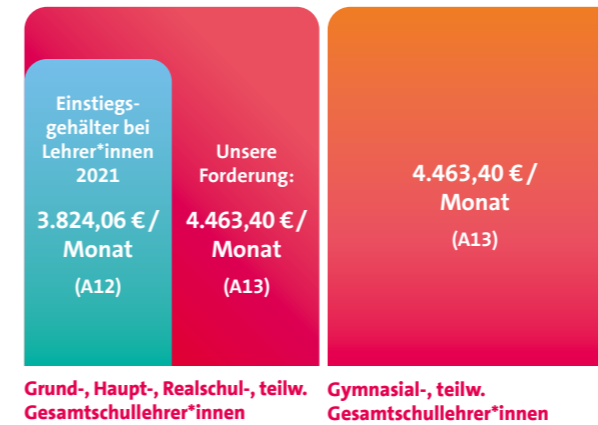
» Durch die Nichtverausgabung von finanziellen Mitteln, die für die Lehrkräfteversorgung vorgesehen sind, gehen den Schulen wertvolle Ressourcen verloren: Im Jahr 2019 sind Mittel in Höhe von 226,6 Millionen Euro zurück in den Finanzhaushalt des Landes geflossen, weil Lehrer:innen-Stellen nicht besetzt wurden. Diese Ressourcen werden den Schulen vorenthalten.



Unsere Lösungen:

Die Bekämpfung des Lehrkräftemangels muss endlich mit allen zur Verfügung stehenden Maßnahmen angegangen werden. Hierzu schlagen wir eine umfassenden Personal-offensive vor, die folgende Maßnahmen umfasst:

» Die Anpassung der Besoldung aller Lehrkräfte unabhängig von der Schulform auf A13.



» Eine deutliche Erhöhung der Anzahl der Studienplätze für die Lehramter der Grundschule und für Sonderpädagogik.

» Die Hochschulen für angewandte Wissenschaften in die Ausbildung der Lehrkräfte für das Lehramt Berufskolleg einbinden.

» Das Hochsetzen der Verbeamtung für eine bestimmte Zeit auf das 45. Lebensjahr im Rahmen des Mangelfacherlasses.

» Die Einführung eines attraktiven Lebenszeitarbeitskontos für Lehrkräfte (LAK).

» Das Lehramtsstudium für zukünftige Lehramtsabsolvent:innen durch eine bessere Nutzung der Bachelorstudiengänge flexibler und attraktiver gestalten. Auch bei Einfachstudiengängen für die beruflichen Fachrichtungen des Lehramts an Berufskollegs und für die MINT-Fächer sollte die Möglichkeit geschaffen werden, nach dem Bachelorabschluss sowohl den Master of Education als auch einen fachwissenschaftlichen Master anzuschließen, die zum Lehramt befähigen.



» Den Studienabbruch von Lehramtsstudierenden in den MINT-Fächern an den Universitäten durch Anreizsysteme und finanzielle Fördermaßnahmen senken. Darüber hinaus sollen spezifische Studienangebote für das Lehramt, fachspezifische Beratung und Fördermaßnahmen der Fachbereiche geschaffen werden.

» Schrittweise allen Lehrkräften gleiche Aufstiegsmöglichkeiten ermöglichen. Allen Fachkräften im Schulsystem sollten Fortbildungs- und Qualifikationsmöglichkeiten angeboten werden.

» In vielen weiterführenden Schulen der Sekundarstufe II gibt es einen deutlichen Überhang an Lehrkräften. Um dem Personal- und Fachkräftemangel in der Sekundarstufe I entgegenzuwirken, machen wir uns stark dafür, dass die unbesetzten Stellen der Sekundarstufe I in diesen Schulformen in Stellen der Sekundarstufe II umgewidmet werden.

» Die Stärkung des Einsatzes von multiprofessionellen Teams durch gezielte Fortbildungs- und Weiterbildungsangebote für weiteres – nicht für das Lehramt ausgebildetes – pädagogisches Personal.

» Zur Entlastung der Lehrkräfte IT-Fachkräfte einstellen, die z.B. die Wartung und den Support der digitalen Endgeräte und der Software übernehmen.

» Den Schulen schrittweise – beginnend mit den Grundschulen – eine Verwaltungsassistenz zur Verfügung zu stellen, um die Lehrkräfte für ihre Unterrichtstätigkeit zu entlasten.

» Die Gewinnung von Lehrkräften für Schulen in herausfordernden Stadtteilen durch den zusätzlichen Einsatz eines Listenverfahrens und durch deutlich erhöhte Zulagen stärken.

» Den Schulen nicht genutzte Haushaltsmittel für unbesetzte Lehrer:innenstellen zur Verfügung stellen: z.B. für die Einstellung weiteren pädagogischen Personals, weitere Unterrichtsangebote durch anderes Personal oder die Umsetzung der Digitalisierung.

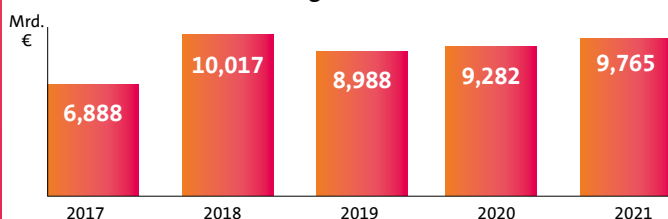


2. Den Finanzierungswirrwarr

im Schulbereich beenden

Ausgangslage:

- ▶ Die Pandemie hat alle Schwächen des Schulsystems schonungslos offengelegt. Dazu zählen die unzureichende Digitalisierung, der baulichen Zustand vieler Schulen, die Bildungsungerechtigkeit, der Streit um den Ausbau des Ganztags und die Notwendigkeit einer funktionalen Finanzierungsstruktur.
- ▶ Der Städtetag NRW drängt auf eine grundlegende Reform der Schulfinanzierung in Nordrhein-Westfalen. Schule habe sich fundamental gewandelt, aber die Aufteilung der finanziellen Lasten zwischen Land und Kommunen sei über die Jahrzehnte gleich geblieben (Presseerklärung vom 16.08.2021).
- ▶ Die SPD-Fraktion hat dazu schon im Mai 2019 einen Plenarantrag in den Landtag eingebracht und darin eine Neu-Strukturierung der Finanz- und Verantwortungsverflechtungen zwischen Bund, Ländern, Kommunen und Schulen gefordert. Diese Einschätzung wurde in einer Sachverständigenanhörung im Schulausschuss auch von Expert:innen bestätigt. Die schwarz-gelbe Landesregierung hat der Notwendigkeit einer Neu-Strukturierung jedoch widersprochen und unseren Antrag abgelehnt.
- ▶ Die Finanzkraft einer Kommune hat in der Regel Auswirkungen auf die Bildungschancen der Schüler:innen. Denn die schulische Ausstattung, insbesondere die digitale Ausstattung sowie der bauliche Zustand der Schulgebäude, die Lernumgebung sowie die Lehr-Lernprozesse sind maßgebliche Faktoren für den Bildungserfolg.
- ▶ Gute Bildung braucht eine gute Finanzierung. Verschiedene Studien haben jedoch gezeigt, dass NRW im Vergleich zu anderen Bundesländern weniger Geld in Bildung investiert.
- ▶ Der Investitionsstau an NRW-Schulen wird mittlerweile auf 10 Milliarden Euro geschätzt.



Unsere Lösungen:

- ▶ Die bisherige Trennung von äußeren und inneren Schulangelegenheiten muss aufgehoben werden. Ein neues System muss transparent und nachvollziehbar sein – alle Aufgaben müssen grundsätzlich auskömmlich mit finanziellen Mitteln hinterlegt sein.
- ▶ Der Grundsatz der gleichwertigen Lebensverhältnisse gilt vor allem auch für den Bildungsbereich. Deshalb muss sichergestellt werden, dass Finanzmittel nicht mit der Gießkanne, sondern nach sozialen Kriterien verteilt werden. Dabei muss der Bund Aufgaben dauerhaft finanzieren und nicht nur zeitweise übernehmen oder gar nur eine Anschubfinanzierung tätigen.
- ▶ Grundsätzlich gilt: Landes- und Bundes(förder)programme, die immer nur kurzfristig wie ein Strohfeuer wirken, sind durch eine nachhaltige und langfristige Finanzierung zu ersetzen. Lediglich innovative neue Ideen, die es im Rahmen von Schulversuchen auszuprobieren gilt, werden durch kurzfristige Programme finanziert.
- ▶ Im Zuge von Verhandlungen zwischen Bund, Ländern und Kommunen sind insbesondere Lösungen für die auskömmliche Finanzierung folgender fünf Themen zu finden: Digitalisierung, Ganztags, Schulsozialarbeit als Einstieg in multiprofessionelle Teams, Inklusion und Schulbau.
- ▶ Wir brauchen neue Gestaltungsmodelle: In anderen Ländern sind Schulbudgets, die in der Verantwortung der Schulen liegen, bereits seit vielen Jahren bewährt. Derartige Budgets geben Schulen die Möglichkeit, ein individuelles Profil herauszubilden und entsprechend mit personellen oder sachlichen Schwerpunkten zu hinterlegen und zügig vor Ort Entscheidungen treffen zu können.

